

A-05-008 Gut aufgestellt in mögliche Neuwahlen

Antragsteller*in: Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu A-05 (ehm D-06)

Von Zeile 8 bis 10:

anknüpfen. ~~Inhaltlich können wir weiterhin auf unser bewährtes Programm setzen, ergänzt durch einen maximal 20-Seiten umfassenden Wahlauf Ruf, um auf die aktuelle Situation reagieren zu können.~~ Inhaltlich können wir weiterhin an unser Programm anknüpfen. Eventuelle Neuwahlen werden für uns aber keine Wiederholungswahlen sein. Sollten Neuwahlen notwendig werden, kann niemand Interesse an einem ähnlichen Ergebnis haben. Wir werden unseren Teil der Verantwortung dafür übernehmen und in den nächsten Wochen Stärken und Schwächen im Wahlkampf analysieren, um Schlüsse daraus zu ziehen. Wir wollen ein besseres Ergebnis erzielen und werden - falls es zu Neuwahlen kommt - dafür programmatisch die Weichen auf der Bundesdelegiertenkonferenz im Januar stellen, auf der dann gegebenenfalls auch Spitzenkandidat*innen gewählt werden.

Begründung

Wir müssen deutlich machen, dass Neuwahlen für uns keine Wiederholungswahlen sind.

Spitzenkandidat*innen müssen für eine neue Wahl neu gewählt werden und falls die Wahlanalyse programmatische Schwächen oder Möglichkeiten zur Verbesserung offenbart, sollten wir die Möglichkeit haben, darauf einzugehen. In einer Neuwahl haben wir die Verantwortung, unseren Teil für ein anderes Ergebnis beizutragen. Das heißt auch, dass wir nicht das Signal senden sollten, dass wir keine neuen Argumente haben. Wie wir uns am Besten aufstellen, kann erst nach einer Wahlanalyse beantwortet werden und nicht davor. Auch deswegen sollten wir die Zeit jetzt für die Analyse nutzen.

weitere Antragsteller*innen

Jamila Schäfer (München KV); Sarah Jermutus (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Bodo Byszio (Berlin-Spandau KV); Sara Nanni (Münster KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ralf Bohr (Bremen-Ost KV); Stefan Taschner (Berlin-Lichtenberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Juliana Wimmer (Berlin-Mitte KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); David Hellwig (Mannheim KV); Niclas Ehrenberg (Düsseldorf KV); Sebastian Brux (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); André Schulze (Berlin-Neukölln KV); Robin Luge (Harz KV); Theresa Eberlein (Regensburg-Stadt KV); Michael Greiner (Berlin-Kreisfrei KV); Kathrin Henneberger (Köln KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Philip Schmitz (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Michael Kömm (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Catrin Wahlen

(Berlin-Treptow/Köpenick KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Karsten Finke (Bochum KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV)

A-06-003 Andere Alternativen prüfen - Mut zu einer Minderheitsregierung

Antragsteller*in: Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu A-06 (ehm D-07)

Von Zeile 3 bis 4:

Vertreter*innen der Parteien zu prüfen. ~~Eine Alternative zu Neuwahlen wäre z. B. die Duldung einer CDU/CSU-Minderheitsregierung (ohne direkte grüne Regierungsbeteiligung).~~ Der Spielball zur Bildung von Minderheitsregierungen liegt jedoch nicht bei uns Grünen.

Begründung

Es gibt viele Alternativen nach dem Scheitern der Jamaika-Regierung.

Damit die Gespräche offen und konstruktiv sind, sollten wir keine der auf dem Tisch liegenden Optionen hervorheben. Der Spielball zur Bildung von Minderheitsregierungen liegt bei Angela Merkel und der CDU und mit Abstrichen bei der SPD. Ohne eine Duldung der SPD wird es wenig Möglichkeiten zur Bildung einer stabilen Minderheitsregierung geben.

weitere Antragsteller*innen

Sarah Jermutus (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Bodo Byszio (Berlin-Spandau KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Ralf Bohr (Bremen-Ost KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); David Hellwig (Mannheim KV); Niclas Ehrenberg (Düsseldorf KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Frederike Peters (Ludwigslust-Parchim KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); André Schulze (Berlin-Neukölln KV); Robin Luge (Harz KV); Michael Greiner (Berlin-Kreisfrei KV); Kathrin Henneberger (Köln KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Philip Schmitz (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Catrin Wahlen (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Karsten Finke (Bochum KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV)

V-01-026 Grünes Maßnahmenpaket für Vogel-, Fledermaus- und Insektenschutz

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)

Änderungsantrag zu V-01

Nach Zeile 26 einfügen:

Wir werden auf eine Reform der EU-Agrarpolitik im Einklang mit der Natur drängen und einen eigenen Naturschutzfonds fordern. Derzeit wird Ökolandbau erst auf etwa 8% der landwirtschaftlichen Flächen betrieben. Wir wollen diese Art der mensch-, tier- und umweltverträglichen Landwirtschaft erheblich ausbauen und die Förderung der konventionellen Landwirtschaft zurückfahren, um **spätestens 2030 Ökolandbau auf 50% der landwirtschaftlichen Flächen** erreicht zu haben.

Unser Ziel ist eine vielfältige Landwirtschaft, die ohne Gift, Gentechnik und Tierleid gesundes Essen für alle erzeugt. Eine Landwirtschaft, in der die Leistungen unserer nachhaltig arbeitenden Landwirt*innen gewürdigt werden und die ihnen ein gutes Auskommen verschafft. Die unserem Klima nützt, statt ihm zu schaden. Die mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie.

Begründung

Minus 76% Insekten, im Sommer sogar minus 82%: Spätestens nach dieser Langzeitstudie über 27 Jahre sollten bei allen Entscheider*innen in Politik, Industrie und Landwirtschaft alle Alarmglocken schrillen, die eingebaut wurden und wir Grüne sollten notwendige und ernsthafte Maßnahmen wie die erhebliche Steigerung des Ökolandbaus einfordern: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/insekten-in-deutschland-forscher-bestaetigen-insektensterben-a-1173525.html>

weitere Antragsteller*innen

Rainer Hager (Neunkirchen/Saar KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Ercan Kilic (Salzgitter KV); Dennis Mihlan (Plön KV); Karin Kahlbrandt (Göttingen KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Mathias Raudies (Oder-Spree KV); Jörn Jensen (Berlin-Mitte KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Philipp Veit (Mainz KV); Nabiha Ghanem (Soest KV); Claudia Jacobs (Mülheim KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Nico Paulus (Rastatt/Baden-Baden KV); Susanne Hilbrecht (Dithmarschen KV); Holger Lange (München-Land KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Oliver Riehl (Main-Taunus KV); Oliver Henkel (Rhein-Sieg KV); Martin Verlinden (Rhein-Sieg KV); Milan Aljoscha Schröder (Main-Taunus KV)

V-01-026-2 Grünes Maßnahmenpaket für Vogel-, Fledermaus- und Insektenschutz

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 03.11.2017

Änderungsantrag zu V-01

Nach Zeile 26 einfügen:

Wir werden auf eine Reform der EU-Agrarpolitik im Einklang mit der Natur drängen und einen eigenen Naturschutzfonds fordern. Derzeit wird Ökolandbau erst auf etwa 8% der landwirtschaftlichen Flächen betrieben. Wir wollen diese Art der mensch-, tier- und umweltverträglichen Landwirtschaft erheblich ausbauen und die Förderung der Landwirtschaft an ökologische Kriterien knüpfen, um spätestens 2030 eine natur-, klima- und umweltgerechte Bewirtschaftung auf 50% der landwirtschaftlichen Flächen erreicht zu haben.

Unser Ziel ist eine vielfältige Landwirtschaft, die ohne Gift, Gentechnik und Tierleid gesundes Essen für alle erzeugt. Eine Landwirtschaft, in der die Leistungen unserer nachhaltig arbeitenden Landwirt*innen gewürdigt werden und die ihnen ein gutes Auskommen verschafft. Die unserem Klima nützt, statt ihm zu schaden. Die mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie.

V-02-014 Mobilitätswende jetzt ernsthaft starten und LKW, Schiffe, Flugzeuge usw. einbeziehen!

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 03.11.2017

Titel

Ändern in:

Für eine Ausweitung der Mobilitätswende

Änderungsantrag zu V-02

In Zeile 14:

Traktoren, Hubschrauber, und Flugzeuge usw verbindliche Zulassungsquoten für umweltschädliche Verbrennungsmotoren einzuführen. Zieljahre zu benennen Werden diese Quoten nicht eingehalten, streben wir die Festlegung von Fristen an, ab denen diese nur noch

Von Zeile 18 bis 34:

Der Ausstieg aus dem klimafeindlichen und gesundheitsschädlichen Verbrennungsmotor ist auch in diesen Bereichen technisch machbar, er ist klimapolitisch unerlässlich und ist industriepolitisch enorm wichtig für Deutschland und Europa:

Wir Grüne schlagen für LKW, Busse, Baumaschinen, Traktoren und Schiffe vor, spätestens ab dem Jahr 2032 nur noch

Hintergrund dafür ist auch die Lebenserwartung der Fahrzeuge, liegt diese beispielsweise bei 25 Jahren, so würden im Jahr 2032 in Betrieb genommene LKW, Busse, Baumaschinen und Schiffe noch bis zum Jahr 2057 laufen und dabei klima- und gesundheitsschädliche fossile Energien verbrennen. Länger geht nicht, wenn noch etwas Eis an den Polen und Gletschern übrig bleiben soll:

Für Flugzeuge und Hubschrauber schlagen wir vor, spätestens ab dem Jahr 2035 nur noch emissionsfreie Maschinen

Schließlich wäre es auch in diesem Bereich etwa durch erneuerbar erzeugten Wasserstoff möglich, sich klimafreundlicher fortzubewegen. Liegt die Lebenserwartung der Flugzeuge und Hubschrauber beispielsweise bei 25 Jahren, so würden im Jahr 2035 in Betrieb genommene fossile Hubschrauber und Flugzeuge noch bis zum Jahr 2060 klima- und gesundheitsschädlich fliegen. Länger geht nicht, wenn noch einige Korallen in den überhitzten Meeren und möglichst viele Tierarten übrig bleiben sollen. Um Ausfluggungen und Umgehungen zu verhindern, sprechen wir Grünen uns für eine Regelung auf europäischer Ebene aus. Schiffe und Flugzeuge sind geeignete Lösungen zu entwickeln im internationalen Verkehr eingesetzt. Die Zulassung im Luftverkehr wird zudem ohnehin von der EASA als Flugsicherungsbehörde der Europäischen Union geregelt. Wir

V-03-007 Grüne Initiative für ungestörte innere Uhren: Zeitumstellung europaweit abschaffen!

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 03.11.2017

Änderungsantrag zu V-03

Von Zeile 7 bis 8:

(Normalzeit) gelten möge, sollte auf europäischer Ebene diskutiert und entschieden werden. 3. Da die Zeitumstellung durch die Richtlinie 2000/84/EG der Europäischen Union geregelt wird, setzen wir Grünen uns für eine solche Regelung Neuregelung auf europäischer Ebene am meisten Sinn macht, ein. Wir bitten ~~wir~~ die

Von Zeile 13 bis 27 löschen:

~~4. Unsere Bundestagsfraktion wird gebeten, diese Regelung im Deutschen Bundestag und –sobald wie möglich– als Teil der Bundesregierung zu unterstützen und einzufordern. 5. Beim halbjährlichen Zeitwechsel ist weder aus ökonomischer noch aus ökologischer oder sozialer Sicht ein Nutzen erkennbar. Durch die Zeitumstellung wird nachgewiesenermaßen keine Energie eingespart und es besteht eine Gefahr für die Gesundheit zahlreicher Menschen. Kurz: Die Nachteile überwiegen deutlich, was auch durch eine im Februar 2016 veröffentlichte Studie des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag unterstrichen wird. Laut dieser Studie wird "deutlich, dass der Anpassungsprozess an die Zeitumstellung manchen Menschen größere Mühe bereiten kann, als in früheren Jahren angenommen wurde."~~

~~**Wir Grüne werden schnell dafür kritisiert, Vorschriften zu machen. Hier ist das erklärte Ziel gerade umgekehrt, also unsere**~~

V-04-002 Wahlplakate gemeinsam kleben und gemeinsam auswählen!

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 03.11.2017

Änderungsantrag zu V-04

Von Zeile 2 bis 12:

• ~~BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN werden ihren Mitgliedern anbieten, sich an der Auswahl der Europawahlplakate 2019 in Form eines unverbindlichen Meinungsbildes zu beteiligen. • Dieses unverbindliche Meinungsbild kann die Entscheidungsgremien bei der Auswahl der Bundestagswahlplakate spürbar unterstützen und sollte entweder im Schrägstrich und/oder per Internet eingeholt werden. • Im Vorfeld der Europawahl wird die Möglichkeit geschaffen, ~~auch eigene Vorschläge~~ im Rahmen eines Wettbewerbs ~~der besten Plakat-Ideen~~ für die Kampagne zur Europawahl einzureichen. • ~~In der Gruppe "Umfragen im Wurzelwerk", in der sich aktuell schon über 4.300 GRÜNEN-Mitglieder zusammengefunden haben und über verschiedene Fragestellungen Meinungsbilder erstellen, läuft derzeit eine Umfrage, in welcher sich 87% der bisher 1.244 Abstimmenden wünschen, die Wahlplakate mitauswählen zu dürfen.~~~~

V-05-013 GRÜNE Solar- und Wind-Offensive: Im schwarz-roten Tempo kommen wir NIE auf 100% Ökostrom!

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 03.11.2017

Titel

Ändern in:

GRÜNE Solar- und Wind-Offensive

Änderungsantrag zu V-05

Von Zeile 13 bis 124:

von 100% Ökostrom.

Der Ausbau von Solar- und Windenergie ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende und CO₂-Reduktion. Wir Grünen wollen die jährlichen Ausbauziele kräftig anheben und an die Klimaziele des Pariser Klimaabkommens anpassen. Hierauf haben wir uns schon in der Vergangenheit verständigt. Hieran halten wir fest und bekräftigen noch einmal: 100 Prozent Ökostrom ist unser Ziel. Doch wie wir dieses Ziel erreichen, lässt sich nicht anhand von im Vorfeld festgelegten, genauen Ausbauwerten festlegen. Denn wie hoch der Stromverbrauch bei Umstellung aller Sektoren auf erneuerbare Energien tatsächlich sein wird, ist heute noch nicht klar. In welchem Ausmaß die Solar- und Windenergie also ausgebaut werden müssen, um 100 Prozent Ökostrom zu gewährleisten, muss im Prozess festgestellt werden. Wir Grünen werden dabei stets dafür kämpfen, die erneuerbaren Energien in dem Maße auszubauen, dass sie für eine 100-prozentige Versorgung mit Ökostrom sorgen können. Was wir brauchen ist erstens ein Sofortprogramm zur Rettung der Solarwirtschaft und zweitens ein Programm zur **mindestens Verfünfachung des Solarenergieausbaus**. Nötig sind auch Maßnahmen, um die **Windenergie mindestens auf das doppelte Ausbautempo** von schwarz-rot zu bringen, sonst droht auch diese Branche zu schrumpfen und nicht den eigentlich möglichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Die Beschäftigten in dieser jungen und innovativen Energiewende-Branche brauchen eine Perspektive. Wind- und Solarenergie sind zentrale Stützpfeiler für die nachhaltige Energieversorgung und die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft. Deshalb müssen wir sie nicht nur erhalten, sondern sogar um ein Vielfaches stärker ausbauen. Deutschland lässt das fossil-nukleare Energiezeitalter hinter sich, bisher leider nur viel zu langsam. Aber Strom aus Wind- und Solaranlagen ist inzwischen preisgünstiger als solcher aus neuen Kohle- oder Gaskraftwerken und wird in unserer nachhaltigen Energiezukunft eine bedeutende Rolle spielen. Wir müssen jetzt die Weichen für die Solarwirtschaft und Windenergienutzung neu stellen, damit beide ihre Vorteile zum Nutzen aller tatsächlich ausspielen können. **Wieviele Solar- und Windenergie brauchen wir?** Die Solarenergie ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende und CO₂-Reduktion. Ohne kräftigen Solarzubau, Faktor 5 im Vergleich zu schwarz-rot, und gesteigerten Windenergieausbau, mindestens Faktor 2, wird Deutschland die Klimaziele nie und nimmer erreichen. Denn Fakt ist: Um den zukünftigen Strombedarf auf 100 Prozent Ökostrom umzustellen, werden Solaranlagen mit einer Leistung von mindestens 415 GW benötigt. Heute liegen wir erst bei rund 40 GW. Der weitaus größte Teil der Strecke liegt also auch nach 17 Jahren EEG noch vor uns. Letztes Jahr wurden gerade einmal gut 1,5 GW neu gebaut. Machen wir so weiter, brauchen wir 250 Jahre, um das Solarziel zu erreichen — und selbst das nur, wenn die Solarenergieanlagen nie altern

würden und nicht irgendwann ausgetauscht werden müssen. Rechnen wir die Alterung der Solaranlagen und die Notwendigkeit zum Austausch derselben mit ein, weil das der Realität entspricht, dann kommen wir **in diesem Tempo NIE ans Ziel**. Oberhalb von 75 GW insgesamt installierter Solaranlagen erfolgt NULL-Wachstum, selbst wenn man brutto 2,5 GW jährlich draufpackt, weil einem dieser Zubau schon durch den alle 30 Jahre anstehenden Austausch der alten Solaranlagen netto "weggerissen" wird. Die Vergütung für kleine Solarenergie-Dachanlagen ist seit 2004 um rund 80 Prozent auf heute gut 12 ct/kWh gefallen. Noch etwas größer war der Preisverfall bei Großanlagen. Sie lieferten 2004 Strom für 46 ct/kWh, inzwischen für rund 6,6 ct/kWh. Und Windenergie an Land kostet sogar noch weniger. Die Bundesregierung blendet die enormen Preissenkungen im Solar- und Windbereich aus und hat zu verantworten, dass der Energiewende-Zug mittlerweile an Deutschland vorbeifährt. Das ist schädlich für den deutschen Wirtschaftsstandort und seine Wettbewerbsposition beim globalen Wettrennen der Erneuerbaren Energien-Produzenten. Die Einschränkungen für Zubau, Einspeisung und Eigenverbrauch von Solarenergie haben seit 2012 zu einem Einbruch von über 80 Prozent im jährlichen Zubau in Deutschland geführt. Im gleichen Zeitraum hat sich der jährliche weltweite Zubau der Solarenergie mehr als verdoppelt. Es ist absurd, dass die deutsche Wirtschaft, die diese Technologie vorangetrieben hat, nun von der Bundesregierung ausgebremst wird. Heute schon ist für viele kleine Solarstromerzeuger nicht mehr die Einspeisung und Vergütung aus dem EEG der Antreiber, sondern die kostengünstige Selbstversorgung mit Solarenergie. Dieser Trend wird sich verstärken, so dass kleine Photovoltaik-Anlagen künftig immer stärker auf den Eigenverbrauch ausgerichtet sein werden. D. h. sie werden mit Speichern ausgerüstet. Die Preise für kleine Stromspeicher („Sonnenbatterien“) sind seit 2011 um 75 Prozent gesunken. Ein Grund dafür, dass heute über 40.000 Sonnenbatterien in deutschen Häusern stehen. Dieser Trend wird weitergehen — und er wird die Energiewirtschaft verändern. Aktuell begegnet die Bundesregierung diesem Trend mit Ausbaudeckeln und überhäuft Solarinvestoren mit Bürokratie und technischen Vorschriften. Das muss aufhören. Solarenergie ist der Schlüssel für mehr Klimaschutz, preisgünstige Energie sowie Teilhabe und Akzeptanz der Energiewende. Wir Grüne wollen die Nutzungsbedingungen für Solarenergie an die neuen Möglichkeiten anpassen, damit Solarenergie ihre Vorteile ausspielen kann. **Solar-Offensive starten** Um die Vorteile der Solarenergie zu nutzen, werden wir die Überregulierung im EEG überwinden. Zusätzlich wollen wir Räume schaffen, in denen die Solarenergie sich am Markt finanzieren kann. Für uns heißt das: Wir wollen ein Marktsegment außerhalb des und parallel zum EEG aufbauen, denn wo Solarenergie ohne EEG eine Chance am Markt hat, wollen wir das nutzen. Diese scheinbar kleine Änderung zieht einen Paradigmenwechsel nach sich. Denn während der von allen Stromkunden bezahlte EEG-Strom der Allgemeinheit gehört und folglich zum Gemeinwohl beitragen muss, gehört Solarenergie, die nicht über das EEG finanziert wird, zunächst einmal den Erzeugerinnen und Erzeugern. Sie sollen künftig entscheiden, was sie mit „ihrem Produkt“ machen und wählen, ob sie die Solarenergie selbst nutzen, als „Mieterstrom“ in die Nachbarschaft leiten, als „Grünstrom“ an eine regionale Vermarkter verkaufen oder als „Graustrom“ zum Marktpreis ins Netz einspeisen. Auf diese Situation müssen und wollen wir das Stromversorgungssystem einstellen und dabei die Vorteile der Solarenergie zum Tragen bringen. Wir wollen den Solardeckel von 52 GW maximaler Photovoltaik-Leistung in Deutschland aus dem EEG entfernen. Ebenso den jährlichen Neubaukorridor von 2,5 GW (brutto). Beide haben in einer Welt, in der die Solarenergie dem EEG entwächst keinen Sinn mehr. Großanlagen im Freiland sollten doppelt genutzt werden, also beispielsweise als Auslauf für Hühner, Schafe oder Kühe oder als nur einmal spät im Jahr gemähte Wiese, die Vögeln und anderen Wildtieren eine Rückzugs- und Brutmöglichkeit bietet. Selbst verbrauchten Strom aus der eigenen Solaranlage mit einer EEG-Umlage zu belasten ist, als ob man Gemüse zum eigenen Verzehr aus dem eigenen Garten versteuern müsste. Wir wollen das beenden und den Eigenstrom aus erneuerbaren Quellen von der EEG-Umlage befreien. Das macht Solarenergie aktuell um ca. 3 ct/kWh preiswerter. Wir werden Solaranlagen und andere Arten der erneuerbaren Energie-Eigenerzeugung bis 30 kWp von Bürokratie („Lieferantenpflicht“) entlasten und Mieterstrom auf Wohnquartiere ausweiten. Dabei gilt der Grundsatz: Solange Solarenergie ohne Nutzung des öffentlichen Netzes sein Ziel erreicht, ist sie als Mieterstrom anzusehen. Mieterstrom soll auch auf Gewerbe und kommunale Einrichtungen ausgeweitet werden, gerade die hier häufigen großen Dachflächen bieten enormes Potenzial und helfen Handwerksbetrieben, Supermärkten und anderen Mittelständlern, Energiekosten zu senken und sich aktiv an Energiewende und Klimaschutz zu beteiligen. Die von der EU

seit dem Jahr 2013 erhobenen Strafzölle für Solaranlagen haben die gewünschte Wirkung verfehlt. Die Produktion von Solarmodulen und —anlagen in Europa wurde nicht vor der billigeren Konkurrenz vor allem aus China geschützt. Die Strafzölle führen aber zu einer unnötigen Erhöhung der Solarpreise auf dem EU-Markt. Wir Grüne haben uns, gemeinsam mit dem größten Teil der Solarwirtschaft, bereits im Mai 2015 für die Abschaffung der Zölle ausgesprochen. Die nächste Gelegenheit dazu bietet sich im Herbst 2018. Wir wollen diese nutzen, um die Preise für Photovoltaik-Anlagen weiter zu senken. Die öffentliche Hand sollte als Vorreiter der Solar-Offensive geeignete Dachflächen mit Solaranlagen ausstatten. Wir wollen dazu einen Solarplan Bundesliegenschaften auflegen. Bestandsgebäude sollen systematisch nach geeigneten Dachflächen untersucht und diese nach und nach mit Solaranlagen ausgestattet werden. Für den Neubau sollte die Nutzung der Sonnenenergie zur Warmwasser- und Elektrizitätserzeugung der Standard werden.

Windenergie-Offensive starten Windenergie an Land ist die günstigste Form der Erneuerbaren, bremst die Klimakatastrophe und ist ein echter Jobmotor. Dies wird nun gefährdet durch die seit Januar 2017 geltende Ausschreibungspflicht im EEG und den viel zu gering angesetzten Ausbaudeckel. Daher werden wir beides aufheben und das Tempo des Windenergieausbaus im Vergleich zu schwarz-rot mindestens verdoppeln, wo dies die Abstände zu Wohngebäuden, Naturschutzgebieten usw. zulassen. Denn die Erneuerbaren Energien sind dann besonders stabil, wenn sie breitgestreut sind: Mal scheint die Sonne erfreulich intensiv, dann wieder pustet der Wind seine Energie kostenlos durch unser Land, dann wieder schwächelt beides und wir können auf die Energie aus Biogasanlagen, auf Wasserkraft oder auf Energiespeicher zugreifen.